

Der Sozialdemokrat

Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie.

№ 37.

Briefe an die Redaktion und Expedition des in Deutschland und Oesterreich verbotenen „Sozialdemokrat“ wolle man unter Beobachtung äußerster Vorsicht abgeben lassen. In der Regel schicke man uns die Briefe nicht direkt, sondern an die bekannten Adressen. In zweifelhaften Fällen eingeschrieben.

8. September 1886.

Parteigenossen! Vergesst der Verfolgten und Gemafregelten nicht!

Die Internationale Arbeiter-Konferenz in Paris.

II.

Ehe wir in unseren eigenen Bemerkungen über die Konferenz und ihre Bedeutung fortfahren, lassen wir zunächst einen uns zugegangenen Spezialbericht über die Vorgänge auf derselben folgen.

Unser Korrespondent schreibt:

Die Internationale Arbeiterkonferenz, welche vom 23.-30. August in Paris tagte, wird einen Markstein in der Entwicklung der modernen Arbeiterbewegung bilden — nicht deshalb, weil neue grundlegende Ideen aufgestellt worden wären, sondern wegen der bestehenden Umstände, die ihr eine besondere Bedeutung geben. Im Jahre 1878, bei Gelegenheit der Internationalen Ausstellung, wurde hier ein internationaler Arbeiterkongress tagen. Am Tage vor der Eröffnung wurde jedoch das gesamte Komitee mit sämtlichen den schon eingetroffenen Delegirten verhaftet, die hiesigen Organisatoren desselben ins Gefängnis gesteckt und auf Grund des Gesetzes von 1872 gegen die Internationale verurteilt, die fremden Delegirten aber in Polizeigewahrsam und „von Rechts wegen“ über die Grenze gebracht. Nach Verlauf von 5 Jahren, im Jahre 1883, wurde ein neuer Versuch gemacht, das Gesetz gegen die Internationale zu umgehen; derselbe war jedoch sehr scheitern, insofern nur eine gewisse Anzahl von „Rationen“ zu diesem Kongress eingeladen waren, und noch dazu solche, bei denen die Arbeiterbewegung keinen entscheidenden und „gefährlichen“ Charakter angenommen hatte. Diesmal jedoch hatte das Einberufungskomitee keine Ausnahme gemacht und, wenn auch etwas spät, so doch die verschiedensten Rationen eingeladen, sich in Paris einzufinden und an den Beratungen Theilzunehmen.

Die Tagesordnung lautete:

- 1) Internationale Arbeitsgesetzgebung und Regelung des Normal-Arbeitstages.
- 2) Allgemeiner und gewerkschaftlicher Unterricht.
- 3) Nationale und internationale korporative Arbeiterverbände und ihre Resultate.
- 4) Die politische und ökonomische Lage der Arbeiter in den verschiedenen Ländern.
- 5) Internationale Arbeiterausstellung von 1889.

Die Konferenz selbst fand im Anschluß an die „Erste internationale Arbeiterausstellung“ statt, zu welcher einige Pariser Gewerkschaften die Initiative ergriffen hatten und die vom Pariser Gemeinderath in großartiger Weise unterstützt wurde.

Ehe ich auf die Verhandlungen der Konferenz eingehen, seien mir einige Worte über die Ausstellung gestattet.

In einem im schönsten Theile von Paris gelegenen, der Stadt gegenüberliegenden Gebäude stand die Ausstellung untergebracht. Das Ausstellungs-Komitee war von Delegirten der verschiedenen Gewerkschaften gebildet, welche mit Eifer besorgt waren, daß nur Arbeiter sich an der Ausstellung beteiligten. Freilich macht die Ausstellung gegenüber den prächtigsten Schaustellungen der internationalen organisierten Bourgeoisie keinen großartigen Eindruck, aber die Arbeiter selbst sind sauber ausgeführt, und die Arrangements vortrefflich organisiert. Den Haupttheil nehmen die Pariser Gewerkschaften in Anspruch, dann einzelne Pariser Arbeiter (Arbeiter), einige Gewerkschaften der Provinzstädte Frankreichs, dann eine größere Abtheilung Oesterreich-Ungarns, sowie einige Gegenstände aus Schweden-Norwegen. Zu den Kosten der Arbeiter der Gewerkschaften von Paris ist von der Pariser Gemeindeverwaltung ein namhafter Zuschuß geleistet worden, wie überhaupt die ganze Ausstellung unter dem Protektorat der Regierung vor sich gegangen ist.

Zu der Konferenz hatten sich die Vertreter von 87 verschiedenen gewerkschaftlichen Verbänden Frankreichs eingefunden, welche laut Zirkular bis zu 3 Delegirten ernennen durften. Für Frankreich waren jegliche politische Arbeitergruppen von der Theilnahme ausgeschlossen. Für das Ausland war man dahin übereingekommen, jedweden Delegirten fünfzehn, soweit derselbe überhaupt von Arbeitergruppen ernannt. Diese Bestimmung ist deshalb getroffen worden, weil in verschiedenen Ländern die Organisation der Arbeiter auf geschliche Schwierigkeiten stößt, die Vertretung aber eine allgemeine sein sollte. Der Beschluß, für Frankreich die politischen Arbeiterorganisationen nicht zur Konferenz zuzulassen, ist heftig angegriffen worden und hat zu verschiedenen Protesten Anlaß gegeben.

Von England waren nur die Trades-Unions eingeladen worden und hatten dieselben 7 Delegirte entsandt, und zwar: Burnett, Mechaniker, Raudsley, Sekretär des Verbandes der Trades-Unions, Drummond, Buchdrucker, Jones, Tischler, Harford, Eisenbahn-Beamter, Galbraiths, Schriftsetzer, Frons, Metallarbeiter.

Die belgische Arbeiterpartei war vertreten durch Ansele, Desfuisseaux und G. de Paeye.

Schweden und Norwegen durch Palmgrün.

Oesterreich durch J. Brob.

Ungarn durch Müller.

Deutschland durch H. Grimpe.*

Der Londoner kommunistische Arbeiter-Bildungs-Berein durch Kadow.

Australien sandte ebenfalls einen Delegirten: Norton.

*) Da das Mandat Grimpe's von gewisser Seite angezweifelt worden ist, so theilen wir zur Klärung Folgendes mit: Von dem Einberufungskomitee der Konferenz war uns eine Anzahl Einladungsschreiben zugegangen mit der Bitte, für die Beschickung der Konferenz von Deutschland aus zu wirken. Wir schrieben darüber beifolgend an Genosse Liebknecht, der auch alsbald den Wunsch der Einberufung an die Parteivertretung zur Sprache brachte. Angesichts der gegenwärtigen Situation der Partei wurde jedoch beschlossen, von einer Beschickung der Konferenz von Deutschland aus Abstand zu nehmen und dafür in Paris wohnhaften, in jeder Beziehung bewährten Genossen Grimpe mit der Vertretung unserer Partei zu beauftragen. Da die Einladung an uns ergangen, so hatten auch wir diesen Beschluß dem Pariser Komitee mitgeteilt, die Beauftragung Grimpe's, mit der wir freilich sehr einverstanden waren, ging jedoch nicht von uns aus.

Die Redaktion des „Sozialdemokrat“

Kußerdem waren Zustimmungsschreiben eingelaufen aus Nord-Amerika und der Schweiz. Eine vorbereitende Versammlung der Pariser Gewerkschaftsvereine hatte am Sonntag, den 22. August, also gerade am Tage vor der Eröffnung der Konferenz, die Tagesordnung dahin abgeändert, daß der vierte Gegenstand zuerst zur Verhandlung gestellt wurde, was allerdings praktischer war; jedoch wurde hierbei die Rücksicht außer Acht gelassen, die auswärtigen Delegirten davon zu verständigen, welcher Umstand in der ersten Konferenzsitzung zu Unzuträglichkeiten führte. Sodann wurden in derselben Vorberathung die Kommissionen zur Ausarbeitung der Resolutionen ernannt und den ausländischen Delegirten auf der Konferenz selbst davon Mittheilung gemacht, mit der Bemerkung, wer sich den einzelnen Kommissionen anschließen wolle, könne dies thun.

Die englischen Delegirten der Trades-Unions ließen durch ihren Uebersetzer, welchen sie sich zu den Verhandlungen der Konferenz engagirt hatten, eine ganze Reihe von Briefen der verschiedenen Vereinigungen in England verlesen, führten eine Unmasse von Zahlen, Mitglieder von Vereinen, deren Beiträge und Bemühungen betreffend, vor, denen man unmöglich folgen konnte, und führten sich auf diese Weise gleich von vornherein als echte Bureaukraten ein.

Dann zum ersten Punkt der Tagesordnung übergehend, entrollten die einzelnen Vertreter der verschiedenen Länder ein Bild über die Situation der Arbeiter, welches sich in die wenigen Worte zusammenfassen läßt:

„Überall dasselbe Elend und überall die gleiche Noth.“

Genosse Ansele eröffnete den Reigen mit der Erklärung, er würde sich schämen, wenn er unter den gegenwärtigen Verhältnissen in Belgien kein Sozialist wäre. Dann geht er in die Einzelheiten ein, welche den Genossen durch die Artikel des „Sozialdemokrat“ über die Lage der arbeitenden Klassen in Belgien“ noch in Erinnerung sein werden. In feuriger Beredsamkeit schließt Ansele seine Ausführungen, der Hoffnung Ausdruck gebend, daß es der Konferenz gelingen möge, ein festes Band um alle Elenden und Entertreten zu schlingen, bis diese im Stande sind, das ausbeutende Kapital zu Boden werfen zu können.

Nachdem Genosse Grimpe aufmerksam gemacht, daß ihm von der Aenderung der Tagesordnung keine Kenntniß gegeben worden sei, er mithin erst am nächsten Tage einen eingehenden Bericht über Deutschlands Arbeiterverhältnisse geben könne, wies er auf die zahlreichen Verfolgungen und harten Beurtheilungen hin, denen deutsche Arbeiter für das Eintreten für ihr Recht ausgesetzt seien.

Der Delegirte Raudsley, Sekretär für den Verband der Trades-Unions, beklagte sich über die fortwährende Zunahme der Arbeitslosigkeit in England. Er sei zum ersten Mal im Ausland und habe die Ideen des Sozialismus noch nicht kennen gelernt; er beweise, daß mit einem Federstrich die gegenwärtige Gesellschaft geändert werden könne, gibt aber zu, daß die Arbeiter heute über Gebühr ausgebeutet werden, aber wie könne das geändert werden?

Er sei gekommen, um von den schließlichen Arbeitern die Ideen des Sozialismus zu hören, im Uebrigen seien die Arbeiter in England noch keineswegs schlecht gestellt, sie verdienten noch in 56 Arbeitsstunden pro Woche 32 Mk.

Auf diese Ausführungen antwortete Grimpe am anderen Tage, Dienstag, den 24. August. Da diese Ausführungen Gegenstand lebhafter Besprechungen in der Presse sowohl als auf der Konferenz waren, so sei hier darauf aufmerksam gemacht, daß es sich darum handelte, ob die Konferenz einen sozialistischen oder einen rein gewerkschaftlichen, resp. Trades-Unionscharakter haben solle. Überall aber, wo Sozialisten mitarbeiten, müssen dieselben dahin mitwirken, daß die Arbeit eine ganze sei.

Von diesem Grundsatze ließ sich auch Grimpe leiten. Ob es nun ganz korrekt war, bei Darlegung der politischen und ökonomischen Verhältnisse der Arbeiter in Deutschland diese Antwort an die Trades-Unionsisten miteinzuschicken, kommt erst in zweiter oder gar dritter Linie in Betracht. Der Moment war gegeben und wurde ausgenutzt, zum großen Vortheil unserer Sache. Wie die Dinge am ersten Tage der Verhandlungen lagen, drohte die Konferenz denselben Weg zu gehen wie jene vor 3 Jahren, wo man sich gegenseitig schöne Worte sagte und dann Anstandslos bei „großen“ Staatsmännern und Bürgern vor noch größeren Ausbeutern machte. Dem mußte vorgebeugt werden.

Zuerst setzte Grimpe auseinander, warum die deutschen Arbeiter sich an der Arbeiterausstellung nicht beteiligten hatten. Nicht Chauvinismus sei es gewesen, denn bei den deutschen Arbeitern sei die internationale Solidarität fast zu einem Kultus geworden, sondern die schwere politische und soziale Abhängigkeit. In Deutschland habe man keine Gemeinderäthe wie in Frankreich, welche für derartige Zwecke Summen votirten, in Deutschland werde Alles dem Militärmoloch geopfert und zur Unterdrückung der freiheitlichen Bestrebungen verwendet. Es sei jedoch nicht wahr, was Dr. Büchner gelegentlich der Enthüllungsfest des Diderot-Denkmales gesagt habe, daß die Ideen der großen französischen Revolution nur wenig Anhänger in Deutschland zählten. Schon die so starke Arbeiterpartei lege Zeugniß für das Gegenteil ab.

Als Antwort auf Raudsley's Ausführungen sagte Grimpe, daß derselbe in England selbst den Sozialismus habe kennen lernen können, er brauchte deshalb nicht erst die Konferenz zu konsultiren. Leider habe man es verstanden, die Trades-Unions vor dem Gift des Sozialismus zu bewahren, sie seien deshalb konservativ geworden gegenüber der Arbeiterbewegung der anderen Länder. Und wenn der Delegirte Raudsley sich über die große Arbeitslosigkeit in England beklage, so werde er gut thun, sich mit den Sozialisten in England in Verbindung zu setzen, anstatt wie bisher den neuen Ideen gegenüber sich ablehnend zu verhalten. Wenn die Trades-Unions den Sozialismus nicht in sich aufnehmen, so werden sie von der fortschreitenden Bewegung hinweggeschwemmt werden, hingegen würden, wenn andererseits die Trades-Unions mit den Sozialisten gemeinsame Sache machten, die Arbeiter sehr bald zum Ziele gelangen. Wenn es der Konferenz gelänge, die Trades-Unions dem Sozialismus zuzuführen, so wäre dies ein Verdienst, welches nicht hoch genug anzuschlagen wäre.

Ländliche Lohnverhältnisse in Mecklenburg.

Das Studium der ländlichen Verhältnisse in Mecklenburg ist so interessant, so lehrreich, daß es mich wundert, daß unsere Nationalökonomie sich nicht mehr damit beschäftigen. Was Genosse Liebknecht vom französischen Parzellenbauern und vom englischen Landarbeiter sagt, paßt heute aufs Haar auf den mecklenburgischen „Erbpächter“ und den mecklenburgischen Tagelöhner.

Wer sich aberzeugen will, daß es mit unseren wirtschaftlichen Verhältnissen mit Riesenschritten bergab geht, der komme nach Mecklenburg. Welch ein Rückgang allein schon in den letzten 10 Jahren!

Schaarenweis verlassen die eingebornen Landarbeiter die heimathliche Scholle, die älteren zwangsweise, die jüngeren freiwillig, da sie wissen, was ihnen im Alter bevorsteht. Vorzugsweise ziehen sie jetzt in die Landstädte. Wo man auch hinkommen mag, in allen Städten Mangel

an Arbeiterwohnungen, die Armenhäuser überfüllt! Die Läden werden ausgefüllt durch preussische Landarbeiter („Hochdeutsche“). Die Hofgänger aber referiren sich hauptsächlich aus dem Industrie-proletariat. Heureka! Noch vor 5, 6 Jahren stand Schreiber dieses ratlos vor der Frage: „Wie ist die Landbevölkerung für unsere Bewegung zu gewinnen?“ Heute ist die Beantwortung leichter: eben durch das Industrie-proletariat! Unsere Gegner sind und bleiben doch unsere besten Agitatoren!

Doch ich wollte ja von den Lohnverhältnissen sprechen. Da der „Sozialdemokrat“ nach Ansicht des Ehemaligen Oberstaatsanwalts ein verlogenes Blatt ist, so muß ich wohl einen unverdächtigen Gewährsmann bringen: Graf von Bassewitz. Er ist Referent einer Kommission zur Erforschung der Lage der ländlichen Arbeiter, der Ursachen der Auswanderung u. s. w. Da die Kommissionsmitglieder sämtlich Gutsherrn sind, die von vornherein erklären, ihre Leute hätten ein gutes Auskommen, so haben wir alle Ursache, die gebrachten Berechnungen mit Vorsicht zu betrachten. So berechnet ein Mitglied Kost und Logis eines Knechtes, den er selber erhalten muß, mit 300, dagegen Kost und Logis eines Hofgängers, den ja der Tagelöhner erhalten muß, mit 195 Mk. Doch im Allgemeinen mögen die Zahlen gelten:

Unverheiratete Diensthofboten:

Der wirkliche Lohn schwankt (nach Bassewitz):	
bei Knechten zwischen 105 und 108 Mk.	
bei Wägden „ 72 „ 90 „	
bei Hofgängern „ 54 „ 90 „	

und wird theils in baarem Geld, theils in Naturemolumenta, die natürlich hoch berechnet werden, verabfolgt.

Ein Mitglied der Kommission bemerkt hierzu, daß man „seit den letzten 25 Jahren wohl nur eine Gesamteinsteigerung von 10—12 Prozent annehmen könne.“ Kontrakte laufen stets nur vom 24. Oktober bis zum 24. Oktober. Nur zu Ostern darf gekündigt werden. Knechte und Wägden sind auch zur Arbeit an Sonn- und Festtagen, sowie zu bringenden Nacht- und Notharbeiten verpflichtet. Der Tagelöhner kann seinen Hofgänger auch zu häuslichen Verrichtungen heranziehen.

Verheiratetes Gesinde.

Der Referent erwähnt, daß der Lohn nicht steigen sei, sondern seit einer langen Reihe von Jahren sich auf gleicher Stufe erhalten habe, daß die Einnahme sogar eine geringere geworden, da infolge der Anwendung der Dreifachmaschine das „Dreifachform“ ganz oder theilweise wegfiel. (Der Tagelöhner erhielt beim Handdreschen einen bestimmten Procentsatz, in der Regel den dreizehnten Scheffel, also eine wesentliche Einnahme.)

Was nun das Gesamteinkommen anbelangt, so wird dasselbe auf 840—960 Mk. angegeben, und mich wundert, daß sie nicht noch mehr herausgerechnet haben.

In der vom Referenten aufgestellten Berechnung der Einnahme figuriren folgende Positionen: Erträge aus Roggen, Weizen, Hafer, Weizen und Karloffel-Land; Heulieferung; Ertrag der Kuh; Heulieferung; 24 Mk. für Krut und Kpotfester; Wohnung; Dreifachform (wie schon bemerkt, gibt es solches fast nirgends mehr); an baarem Geld nur 60 Mk., die jedoch der Hofgänger bekommt. — Man sieht, der Gutsherr macht seine Tagelöhner gewissermaßen zu Kleinbauern, nur daß der Tagelöhner seinen Acker nach Feierabend bestellen muß!

Aber lassen wir diese 840 Mark Gesamteinkommen einmal gelten. Dieses Geld verdient der Tagelöhner insofern mit Frau und Hofgänger. Für den letzteren gehen ab: Kost und Logis 300 Mk. Die Kommission setzt hierfür, wie gesagt, weniger an, aber ich frage, wer möchte einen im Freien schwer arbeitenden Menschen billiger als für 5 89 pro Woche durchfüttern? Baarer Lohn 75 Mk., zusammen 375 Mk. Also verbleibt dem Tagelöhner ein Lohn von 465 Mk., wofür noch nicht 9 Mk., und das nennen die Herren „aus 13 m mit 1“!

In dem Bestreben, die Lohnverhältnisse möglichst günstig darzustellen, unterläßt dem Korrespondenten folgender fälschliche Satz:

„Der Tagelöhner dürfte 150 betragen, da der Tagelöhner aber auch häufig Axtarbeit und Rebenverdienste hat, so kann man wohl annehmen, daß er 220 verdient. Diese 220 aber haben einen höheren Werth für den Landarbeiter wie für den Stadtagelöhner, da dieser mehr Gelegenheiten hat, Geld auszugeben, die Produkte theurer einzukaufen muß u. s. w. Wir können getrost sagen, die 220 sind zu rechnen gleich 250 bis 300.“

Ich füge hinzu: da der Landarbeiter nicht nöthig hat, wie der Industriearbeiter in dumpfen Werkstätten zu arbeiten, da auf unseren Feldern für Ventilation bestens gesorgt ist, haben die 3 Mk. einen Werth von 6 Mk. — Im Freien zu arbeiten, fördert die Gesundheit, diese ist das höchste Gut, also rechne 6 Mk. = 12 Mk. Und so fort bis in's Unendliche.

Der freie Arbeiter.

Bassewitz schreibt darüber:

„Die Lage ist nach Ansicht sämtlicher Herren pekuniär schlechter als diejenige der Tagelöhner. Im Winter beträgt der Lohn 1 Mk., während der Ernte aber 3 Mk. Dazu kommt, daß der freie Arbeiter sich fast das ganze Jahr von kalter Kost nähren muß und höchstens während der Ernte so angenommen wird, daß er zugleich Knechtlohn erhält. Er muß ferner häufig Tage lang herumlaufen, um sich Arbeit zu suchen, und außerdem jeden Morgen und Abend einen oft weiten Weg machen, um zu seiner Arbeitsstelle zu gelangen. Tritt nun gar Alter oder Krankheit ein, so hat er Niemanden, der sich seiner annimmt, und er fällt, wenn er sich nichts erspart hat (ja wenn!), gar bald der öffentlichen Unterstützung anheim.“

Soweit mein hochadeliger Gewährsmann, der die Gesamteinnahme auf 445 Mk. angibt.

Die Kommission kommt nun zu der Frage: „Liegt in diesen Verhältnissen ein Grund zur Unzufriedenheit der ländlichen Arbeiter, zur Auswanderung, zum Arbeitermangel?“ 6 Herren sagen hierzu „Nein!“ und nur 3 sagen „Ja!“

Einige Mitglieder finden den Grund der Unzufriedenheit der Arbeiter in ihrer sozialen Stellung, und zwar in der Abhängigkeit des Arbeitnehmers vom Arbeitgeber; nur meint der Eine: „Diese Abhängigkeit habe zu jeder Zeit und überall bestanden, und sei nur durch die Bewegung von Außen dem Arbeiter fühlbarer gemacht“, während ein Anderer der Ansicht ist, daß diese große Abhängigkeit speziell in den sozialen Verhältnissen Mecklenburgs liegt. Dieses Verhältniß zeige sich so recht deutlich darin, daß die Arbeiter „Du“, resp. „Er“ angeredet würden, daß sie beim Sprechen mit dem Herrn den Hut in der Hand behalten müßten“ u. s. w. Ein Anderer glaubt, daß das Halten der Hofgänger seitens der Tagelöhner ein Grund der Unzufriedenheit sei; noch ein Anderer meint, daß ein ferner Grund „in der politischen Stellung des Arbeiters liegt, der das Gefühl habe, als ob er nicht im Staate gelte, da er nur das Recht der Reichstagswahl und der Predigerwahl habe, daß nur er die Steuern und Lasten zu tragen habe, in Bezug auf seine wichtigsten Interessen aber sich auf den guten Willen Anderer verlassen müsse“, und fügt hinzu, daß dieser Mangel an poli-

lischen Rechten vielleicht ein Grund sei zu der großen Gleichgültigkeit gegen sein Vaterland. Ein Herr Bogge sagt: „Der Arbeiter habe den Glauben, daß für ihn kein Recht bestehe, weil er dem Herrn gegenüber doch meist Unrecht bekomme, und dies liege darin, weil, wenn der Herr im Unrecht sei, durch Einlenken die Sache gütlich beigelegt, wenn jedoch der Arbeiter im Unrecht sei, dieselbe bis zu Ende verfolgt werde; außerdem sei es oft schwer für den Richter, sich den Einwirkungen einer ihn oft als Gast feiernden Familie zu entziehen und sein Urtheil frei von diesen Einwirkungen zu Gunsten des Arbeiters zu erhalten.“

Der Korreferent sagt: „Wir dürfen nicht läuschen, daß der reelle Lohn des unverheirateten Gesindes in Mecklenburg im Vergleich zu früheren Zeiten gefallen und daß der Ueberschuß aus ihrem Einkommen heute geringer ist. Dies hat zur Folge, daß es dem unverheirateten Gesinde schwerer wird, die Mittel zur Gründung eines eigenen Hausstandes zu erlangen. Zugleich sind die Preise für Hausinventar, Arbeitsgeschirre und den nöthigen Viehstand unvergleichlich höher als vor 25—30 Jahren. Während früher dazu 300—450 Mk. nöthig waren, sind jetzt 750—900 Mk. nöthig.“

Seite 59 sagt derselbe: „Es haben viele Tagelöhner in Mecklenburg einer willigen Ruhezeit, namentlich im Sommer, sich nicht zu erfreuen, weil nach Beschaffung der herrschaftlichen Arbeiten ihnen häusliche Arbeiten obliegen, zu deren Vorkommen sie nicht bloß die Mittags- und Abendstunden, sondern häufig den Sonntag und die Nachtzeiten zu Hilfe nehmen müssen.“

Man sieht, die Herren sind sehr offenherzig gewesen bei der Aufzählung der Uebelstände, freilich ohne im Entferntesten an eine Abänderung zu denken. Da haben wir: große Abhängigkeit, Mangel an politischen Rechten, Klassenjuziz, Lohnverdrängung der theurer gewordenen Lebensbedürfnissen, übermenschliches Arbeiten, selbst bei Nachtzeiten; nur eines haben sie denn doch vergessen, und das ist die entwürdigende Stellung der Frau! Stuhlmann sagt in seinem lebenswichtigen Werke: „Aus dem Patrimonialstaat“, „Natürlich ist der Gutsherr der Hahn aller Denmen“, und an anderer Stelle legt er dem Grafen Bärenstorf die Worte in den Mund: „Die Begierde zu erregen, ist des Weibes höchste Pflicht.“ „Herr, Sie machen die Kinner um wir möden's ernähren“, sagte ein Tagelöhner vom Rittergut Hagerfelde neulich zu seinem Herrn, und dieser — lachte darüber. Natürlich hat der Herr „guten Geschmack“, die älteren Frauen oder häßlicheren Mädchen überläßt er großmüthig seinen Sklaven. Um nicht zur Hure des Herrn hinabzuwinken oder um ihre Töchter vor diesem Schicksal zu bewahren, ist es in der Regel die Frau, die zur Auswanderung rät.

Ein „hochdeutscher“ Arbeiter des Gutes Waschow bei Großen (sprich Gneuen) hat ein Brett von einem Kutschenwagen entwendet. Der Inspektor Brandt, dem dies gemeldet worden, läßt den „hochdeutschen“ vor sich kommen. Der Letztere leugnet die That nicht und erklärt sich bereit, das Brett sofort zur Stelle zu schaffen. Doch damit gab sich Herr Brandt nicht zufrieden: „Ich will Euch ausländer (sic!) schon begreiflich machen, daß hier in Mecklenburg nicht geklopft wird.“ Dann läßt er den Arbeiter an Händen und Füßen binden, daß das Blut an den Stricken hinunterläuft, und nach Gneuen führen, nicht ohne den Begleitern noch zuzurufen zu haben: „Wenn er sich noch müßt, drückt ihm die Gurgel zu.“

Dies Alles ist amtlich festgestellt. Zu Ehren der begleitenden Tagelöhner will ich noch beifügen, daß sie dem so schändlich behandelten seine Lage während des Transportes so leicht wie möglich machten und ihn jubelten (es war Anfang Dezember und bitterkalt), wenn sie es auch nicht wagten, seine Fesseln zu lösen.

Auf welchem Wege ist Ersatz für die infolge der ungeheuren Auswanderung fehlenden Arbeitskräfte zu beschaffen? Darüber lesen wir Seite 19:

„Das Veranlassen schwedischer Diensthöfen, das Kommenlassen von Emigranten aus dem Oberbruch hat sich als ungenügend erwiesen. Daher Einwanderung ganzer Familien aus anderen protestantischen Gegenden, wo die Leute schlechter gestellt sind als hier.“

Auf Seite 20 wird empfohlen: „Vermehrte Anwendung guter Maschinen, größere Ausnutzung der vorhandenen Arbeitskräfte durch Einführung von Affordarbeit (1), Lantzen als Belohnung, Verringerung der Saaten, Bergdröherung des Viehstandes gegenüber dem Kornbau, Zurückgabe von Ländereien an Forst und Wiesen.“

Vor einigen Jahren sagte ein Herr von Herber (auf Weh bei Abdel) im Landtage: „Ich brauche die ganze Tagelöhnergesellschaft nicht; wenn es mir einfällt, jage ich sie alle zum Teufel, mache aus meinen Feldern Wiesen und lege Viehherden nach mexikanischem (?) Muster an.“

Ja, vielleicht bringen es die Herren noch dahin, daß sie gar keine Leute mehr brauchen.

Bis vor etwa 150 Jahren gab es in Mecklenburg die Koppelwirtschaft, dann aber führte ein Hofmeister v. d. Lübn die jetzige Dreifelderwirtschaft ein. Diese Einführung machte die Güter um das Vierfache ertragsreicher, trotzdem suchte ein Mitglied der Kommission die Eventualität ins Auge, zur Koppelwirtschaft zurückkehren zu müssen, und von Herber-Weh will sogar das Komadentum, das vor 2000 Jahren am Plage gewesen sein mag, wieder einführen. Was kümmert es sie, wenn wir in der Kultur Rückschritte statt Fortschritte machen? Gerade das patriarchalische Verhältnis des Alterthums mit Prügel und Bloß möchten sie wieder haben! Fürst und Adel klammern sich mit aller Anstrengung ans Mittelalter an. Der Großherzog redet noch heute den Landtag: „Beste, Ehrenerbe (immer beste auf die Beste!), Liebe und Getreue“, den Eingeladen aber „Ew. Liebden“ an.

Und auch noch Frohndienste gibt es in Mecklenburg: beim Grafen Sahn-Bajewow arbeitet ein Tischler, der täglich ganze Mk. 1 25 verdient; er hat sonst Wohnung u. s. w. wie jeder Tagelöhner, muß aber dafür während der Ernte 40 Tage Frohndienste thun.

Die Verbesserungsvorschläge, die der Referent weiter macht, sind zum Theil sehr vager Natur; z. B. heißt es auf S. 36:

„Die Verpflichtung der täglichen Arbeit existirt für alle Diensthöfen; sie hat aber für die Bertheiligten und mit eigenem Hausstande versehenen die Härte, daß sie ihnen ein jegliches Familienleben unmöglich macht und ihnen auch keine Zeit zur Beforgung ihrer eigenen Wirtschaft übrig läßt. Wo also der Gutsherr nicht aus freiem Willen seinen Leuten die Zeit gibt, sind sie genöthigt, den Sonntag hierzu zu verwenden.“ — Also Sonntagsruhe und Familienleben gibt's nur, wenn es dem Herrn paßt, deshalb wünscht der Referent (S. 35), daß der Tagelöhner beides erhalte, aber beileide nicht durch die Gesetzgebung, sondern durch die Gnade des „Herrn“. Ob aber eine Reduktion der Arbeitszeit im landwirtschaftlichen Betriebe möglich ist oder nicht, mag der Referent nicht zu entscheiden! (Ob bei Einführung des Normalarbeitstages von Herber-Weh seine Drohung wahr machen würde? Ich glaube ja.) Graf Bassewitz schlägt auf S. 38 vor: Schaffung kleiner Grundbesitze, denn: „man müsse bedenken, daß gerade durch Schaffung von kleinem Grundbesitz man dem von der Internationalen Arbeiter-Association gefassten Beschluß, welcher das Kollektiv-Eigentum an Grund und Boden proklamirt, die allerwirksamsten Segner schafft. Denn solche Beschlässe wird nur der fassen, der nichts hat (aha!) und der mit Hintansetzung des Begriffes vom wohlverordneten Reine und Dein etwas erreichen will.“

Also „der Begriff vom wohlverordneten Reine und Dein“! Herr Graf, schwebt Ihnen dabei die Straßendürerei Ihrer Vorfahren, das „Legen“ der 18.000 Bauern, die „Erwerbung“ der diesen gehörenden 32 Millionen Quadrat-Ruthen Land, der Kauf der von den Bürgern gekauften Acker mit den dazu gehörenden Gütern seitens des Adels (8 Quadrat-Meilen) vor? Oder schlägt Ihnen das Gewissen, da Sie (auf S. 37) hervorheben, es sei „den sozialistischen Vermirrungen unserer Zeit gegenüber notwendig, an die Heiligkeit und Unverletzlichkeit des Eigenthums zu erinnern und daran festzuhalten“? Also heilig und unverletzlich ist das durch Straßenraub und Bauernabschlachten „Wohlerworbene“? Dieses „Wohlerworbene“ setzt die Herren in den Stand, eventuell Tausende von Arbeitern brodlos machen und ganze Landstriche veröden lassen zu können. Sie selbst haben ja „das Freie rein“!

Aber auch vom Kleingrundbesitz ist der Referent nicht sehr eingenom-

men, da die Regelung der Aemternversorgung für „etwa verarmende „Daukler“ schwer sei“. Der Korreferent denkt über diesen Punkt im Allgemeinen richtig: „Die kleinen Parzellenbesitzer im Staate Jona werden ebenso wieder verschwinden und ihr Eigenthum wird ebenso in große Latifundienbesitze aufgehen, wie die Latifundien im alten Rom entfallen sind, wie der Großgrundbesitz in England, und wie trotz der Stein'schen Gesetzgebung der Großgrundbesitz in Preußen sich vermehrt, der kleine Grundbesitz sich vermindert hat.“ Aber was thun? Die Herren sind mit ihrem Latein zu Ende, so lange (S. 82) „der verderbliche Zauber nicht gebrochen ist, welcher nicht bloß die für Lohn arbeitenden Klassen, sondern auch höher gestellte geistige Kräfte von dem mit der steigenden Produktivität der nationalen Arbeit mitsteigenden Lohn ausschließt.“

Die vorgeschlagene Lantzenordnung ist den Herren ebenfalls nicht genehm, da man befürchtet, daß man dadurch anderen Leuten einen Einblick in seine Vermögensverhältnisse und in die Ertragsfähigkeit der Güter gewähre.“

Die Kommission, aus deren Referat ich zitiere, tagte im Jahr 1873. Hat sich seit der Zeit etwas zu Gunsten des Landarbeiters verbessert? Rein! Im Gegentheil, die Verhältnisse haben sich bis zur Untragsfähigkeit verschlimmert. Die Gutsherrn arbeiten lieber weniger produktiv, als daß sie den Arbeitern einen Pfennig Lohn mehr geben. Da ist zuerst der Hofgänger. Derselbe verdient jährlich (außer freier Station) 75 R. Dafür soll er sich leiden! Er verdient täglich 21 Pfennig, also noch weniger wie die Soldatenlöhnung. Ist es ein Wunder, wenn für diesen Jammerlohn kein Mensch arbeiten will? Und das Schlimmste ist, nicht der Herr, sondern der Tagelöhner muß einen Hofgänger stellen, wenn er nicht seine Stellung verlieren will, was in den letzten Jahren häufig vorgekommen ist. Stellenvermittlung ist heute das beste Geschäft. Der Stellenvermittler geht in die Herbergen und fragt nach: „Wer will arbeiten? Wer will Hofgänger werden?“ Da finden sich immer welche, die das Wandern satt haben, die, um nicht ganz „Bagabond“ zu werden, um jeden Preis arbeiten. Diese werden dann auf Wagen geladen, zu Dorf gefahren und den Tagelöhnern wie eine Waare angeboten: „Stück für Stück 5 R.“ Der neugebackene Hofgänger bekommt 3 R. Handgeld, und damit ist er auf ein Jahr engagirt. Wenn er, körperlich und oft auch geistig heruntergekommen, die schwere Arbeit und die Behandlung nicht aushalten kann und desertirt, dann muß der Tagelöhner für einen neuen Hofgänger sorgen und der Stellenvermittler verdient wieder 5 R. Hält der Hofgänger aber wirklich aus, länger als 1 1/2 Jahr darf er nicht bleiben, sonst wird er ja heimathberichtigt. Und der „hochdeutsche“ Tagelöhner, der allmählig an die Stelle des eingeborenen tritt? In der Regel ist er gebildet, intelligenter, wie denn ja das Reisen, der Verkehr mit Menschen bildend wirkt. Er vertritt energisch sein Recht, aber was kann er der Disziplinargewalt des Herrn gegenüber anfangen? Hat er sich mit dem Herrn überworfen und unterläßt nur das Grinsen, so kann ihn der Herr schon wegen „Dienstvergehen“ bestrafen lassen. Fort aber kann er ohne Weiteres auch nicht, da der Kontrakt immer auf ein Jahr lautet und nur zu Ostern gekündigt werden kann. Der „hochdeutsche“ besitzt nicht die unendliche Langmuth des eingeborenen Tagelöhners.

Erstimmtes Unrecht erzeugt Erbitterung, was Wunder, wenn in dieser Stimmung der Arbeiter zum Brandwein seine Zuflucht nimmt? In wenigen Jahren wird der mecklenburgische Landarbeiter auf dem Standpunkte stehen, wie jetzt schon der aus dem Oberbruch kommende Rübenarbeiter. (Mecklenburg hat sich in den letzten Jahren bedeutend auf die Zuckerindustrie geworfen. Da nun unsere Arbeiter mit dem Zuckerribsenbau nicht Bescheid wußten, ließ man Arbeiter aus Preußen kommen.) Diese kommen im Frühjahr schlump und zerrissen an, werden in der Scheune auf Stroh einquartiert — Männer, Frauen und Kinder bunt durcheinander —, verdienen Mk. 1. 50, sind aber verpflichtet, ihre sämtlichen Bedürfnisse von ihrem Führer, dem „Vorschnitt“, zu kaufen. Da nun aber am Brandwein am meisten verdient wird, so steht derjenige, der am meisten fusel konsumirt, am besten angeschrieben beim „Vorschnitt“. Auf diese Weise entsteht ein förmlicher Wettstreit im Brandweinkauf und -trinken. Der „Vorschnitt“ laßt sich ins Häuschen, er kann infolge dessen wohl (wie ich es selber gesehen habe) mit den 20 R.-Stücken um sich werfen, als wären es Spielmarken, er kann die Rädte in Freudenhäusern zubringen — die „verloffene Gesellschaft“ bringt ja alles wieder ein. Heil dir, fortschreitende Kultur, endlich sind wir im gesegneten Mecklenburg dahin gelangt, daß eine Steigerung des Glüds nicht mehr möglich ist!

Sollen die Gutsherrn die Lage der Arbeiter verbessern? Ich will Niemandes Urtheil beeinflussen. Ziehe jeder selbst seine Schlüsse, zu dem Zwecke habe ich die Stellen aus dem Referat, die bezeichnend sind für mecklenburgische Verhältnisse, wörtlich zitiert. Daß aber eine Verbesserung nicht gar so schwierig ist, zeigt uns das von Thünen'sche Gut Tellow. v. Thünen gibt seinen Arbeitern einen gewissen Prozentsatz vom Reinertrag (Lantzen), so daß es dort Leute gibt, die 10—12.000 R. besitzen. Aber auch eine bessere Schulbildung und Behandlung läßt v. Thünen seinen Arbeitern zu Theil werden. v. Thünen mag ein Menschenfreund sein, vor allen Dingen ist er ein Menschenkenner, er weiß eben, daß er mit gebildeten, gutbehandelten und gutgenährten Arbeitern mehr erreicht als mit stupiden, hungrigen Sklaven. In der That leisten 50 Tagelöhner in Tellow so viel wie 70—80 anderswo. Die soziale Frage kann ja auf diese Weise natürlich nicht gelöst werden, wohl aber begrüßen wir jede Verbesserung der Lage der Arbeiter mit Freuden, denn der durch Brandwein und rohe Behandlung heruntergebrachte Durchschnittstagelöhner wird zur Befreiung der Arbeit schwerlich einen Finger krumm machen können oder wollen. E. M. I.

Sozialpolitische Rundschau.

Zürich, 7. September 1886.

— Zu den erbärmlichsten Reden, auf Grund deren die Bismarck'schen Reptile die jammervolle Haltung ihres Herrn und Welters in der bulgarischen Affäre zu beschönigen suchen, gehört vor allen die, daß es sich da eigentlich nur um einen russisch-englischen Interessen-Konflikt handle, und daß es albern sei, dem deutschen Reich zuzumuthen, um der Interessen Englands willen, das selbst zu feige sei, etwas gegen Rußland zu unternehmen, die Freundschaft Rußlands zu verschern. Und im Anschluß daran wird allmählig schlingelhaft auf England geschimpft, dessen Stern übrigens im Erblichen sei, und das eigentlich kaum noch eine größere Bedeutung für die Weltpolitik habe, als etwa Holland.

Selbst wenn Letzteres richtig wäre, was es indeß zum Glück nicht ist, so würde damit in keiner Weise die Unterstützung der Orientpolitik Rußlands seitens des deutschen Reiches auch nur einen Schimmer von Berechtigung erhalten. Also weil Englands Einfluß ohnehin sinkt, soll Deutschland den russischen Einfluß auf dem Balkan noch vergrößern lassen? Den russischen Einfluß, der in ganz anderer Weise als der Englands sich gegen das gesammte übrige Europa, Deutschland ganz wesentlich indogreift, richtig? Sowie England heute Interessen auf dem Balkan zu wahren hat, sollbiren dieselben in keine Weise mit denen Deutschlands, wohl aber die Rußlands. Das geht schon aus dem gesammten Verhältnis beider Länder hervor. Oder ist es etwa England, das durch ein System ungeheurerlicher Schutzölle die deutsche Industrie von seinen Märkten ausschließt? Ist es England, das in seiner Presse den Deutschen das zum Dogma erhoben hat? Ist es England, das sich jeden Augenblick bereit zeigt, mit irgend einem Feinde Deutschlands ein Bündniß wider dasselbe abzuschließen? Jeder weiß, daß alles das mit Rußland der Fall. Und nun will man uns weis machen, Deutschland hätte gar kein Interesse daran, einer Erweiterung der Reichsgrenze Rußlands entgegenzuwirken? Das sei Englands Aufgabe, und wenn dieses darauf verzichte, so ginze das Deutschland nichts an? Wärrich, diese Logik übertrifft noch die des Berliner Straßenjungen, der da ausrief: Es geschieht meinem Vater ganz recht, wenn mir die Finger abfrieren, warum lauft er mir keine Handgugel? Denn England hätte sich wahrheitsgemäß nicht passiv verhalten, wenn Deutschland nicht von vornherein für Rußland Partei ergriffen, Rußland in Bulgarien freie Hand gelassen hätte. Um welchen Preis, darüber an anderer Stelle.

— Wenn es mit staatsmännischen und unstaatsmännischen Glückrittern zu Ende zu gehen beginnt, kann man regelmäßig beobachten, daß sie, wie mit Blindheit geschlagen, die plumpsten Fehler

begehen und dadurch ihren Sturz noch beschleunigen. Wir sahen das recht deutlich an Bonaparte, dem Felden von Sedan; wir sehen es jetzt fast noch augenfälliger an dessen Schüler, dem Hausmeier Bismarck. Die Dummheiten desselben häufen sich seit einiger Zeit in einer fast unbegreiflichen und für seine Feinde höchst trostreichen Weise. Die Kolonialpolitik, der Gang nach Kassa und Rom, die Schutzpolitik — Dummheiten über Dummheiten. Die größte, dümmste Dummheit aber, die dieser „geniale“ Staatsmann, richtiger Staatspfuscher, zu Wege gebracht hat, ist seine Theilnahme an der russischen Verschwörung gegen den Fürsten von Bulgarien und sein Verhalten nach dem Mißlingen der Verschwörung. Zum ersten Mal hat er sich mit dem Gefühle der ganzen Nation in Widerspruch gesetzt. Wenn man bedenkt, daß der beschuldigte, auf offizioser, d. h. Bismarck'scher Inspiration beruhende Artikel der „Post“ gegen den Battenberger und für Rußland im Potsdamer Offizierskassino verbrannt wurde, kann man sich ungefähr eine Vorstellung davon machen, wie tief und allgemein in Deutschland die Entrüstung über die von jenem „Post“-Artikel vertretenen Politik ist.

Und diese Politik ist die Politik Bismarck's, der glücklich bis nach Olmütz gelangt gelangt ist — ja drüber hinaus —, denn die Männer von Olmütz beugten sich nicht tiefer vor Rußland wie der Hausmeier der Hohenzollern, aber sie beteiligten sich Rußland zu Liebe doch nicht an einem gemeinen Verbrechen, wie der Hausmeier der Hohenzollern es gethan hat.

— „Ein Appell an die Furcht findet keinen Widerhall in einem preussischen Herzen“, erinnerte Bismarck einst im preussischen Landtage. Heute läßt er in der „Königlichen Zeitung“ allen deutschen, und mit ihnen eben denselben preussischen Herzen zurufen, daß sie entweder Rußland zu Willen zu sein oder zu gewärtigen haben. Es ist ein Appell an die Furcht, so ist Bismarck ein Stümper in — Gelbaffen.

Beifällig liefert diese von der Aönerin entwickelte Alternative, die alles befähigt, was seinerzeit sozialistischerseits gegen die Annexion von Elsaß-Lothringen vorgebracht wurde, eine recht nette Illustration zu einem zweiten, nicht minder renommtistischen Bismarck'schen Ausspruch, nämlich dem, daß ohne den Willen Deutschlands heute kein Kanonenschuß in Europa abgegeben werden darf.

Wir wollen indeß nicht verschweigen, daß es Leute gibt, welche die Jagamkeit Bismarck's Rußland gegenüber weniger auf die Furcht vor einem russisch-französischen Bündniß als auf die Rücksicht auf die nahegelegenen zwei Milliarden russischer Staatspapiere zurückführen, die sich in deutschen Händen befinden, und die im Falle eines deutsch-russischen Krieges Gefahr laufen, auf den Werth des Papiers zu sinken, worauf sie gedruckt sind. Und für gewisse Finanzleute und ihre Klienten wäre das fast noch fataler als die Herausgabe zweier Provinzen, mit denen sich noch immer nichts Rechtes anfangen läßt.

— Einen revolutionären Schurkenstreich“ nennt die „Leipziger Zeitung“ den Hundstreich auf den Battenberger. Das amtliche Organ der sächsischen Regierung gebraucht dieser Bezeichnung in einem Leitartikel, welcher ausführlich, daß jener Hundstreich im Auftrag der russischen Regierung und unter Zustimmung der deutschen und der österreichischen Regierung verübt worden ist. Ob die „Leipziger Zeitung“, welche „die drei Kaiser“, also die erhabenen Träger der heutigen Weltordnung, der Verkörperung eines „revolutionären Schurkenstreichs“ anlagt, wegen dreifacher Majestätsbeleidigung belangt werden wird, das wollen wir abwarten. Jedenfalls erinnern wir uns leiner so konzentrierten Majestätsbeleidigung als der, welche das amtliche Organ der bismarck'schen sächsischen Regierung sich hier hat zu Schulden kommen lassen.

— Aus Deutschland schreibt uns ein Genosse:

Der in voriger Nummer des „Sozialdemokrat“ veröffentlichte „Watt-lauer'sche Militärerlaß“ existirt wirklich, wie ein vor mehreren Wochen in „Ab. Landesboten“ veröffentlichtes „Eingefandtes“ beweist. Dieses lautete wörtlich:

„Gehtes Herr! Gestatten Sie mir, Ihnen über eine neueste Staatsaktion Mittheilung zu machen, die Sie ebenjovoll überraschen dürfte, als sie mich überrascht hat. Dieser Tage bruchte mich ein Polyzist und wünschte in geheimnißvoller Weise von mir darüber Auskunft, ob meine beiden Gesellen, die demnächst gestellungspflichtig werden, zur sozialdemokratischen Partei gehören. Ich verweigerte selbstverständlich die Auskunft, die zu geben mir so wie so aus Unkenntniß unmöglich gewesen wäre, muß aber doch mein Erstaunen über ein Spitzeltum ausdrücken, wie es in der Zeit trassierter Reaktion nicht schlimmer gewesen ist. Der betreffende Polyzist hatte eine Liste, und scheint demnach in diesem Versuch, die Arbeitgeber über die Politik ihrer Arbeitnehmer auszuforschen, ein System zu liegen.“

Wir können hierzu aus eigener Wahrnehmung noch folgende Thatsache hinzufügen:

Wir kennen mehrere militärpflichtige Genossen, die als eifrige Agitatoren für unsere Sache bekannt sind. Als der eine derselben im vorigen Jahre, der andere in diesem Jahre in zwei verschiedenen größeren Städten Deutschlands sich stellten, wurden sie zu ihrer eigenen wie zur größten Ueberraschung ihrer Bekannten, ohne daß sie wie üblich untersucht wurden, als militäruntüchtig gänzlich freigegeben, und Beide sind sehr kräftige, gut gewachsene junge Männer, die einem Gardebataillon alle Ehre gemacht hätten. Es war von Anfang an unsere Ueberzeugung, daß bei dieser auffallenden Handlungsweise der Militärbehörden die politische Stellung und Thätigkeit der Gestellungspflichtigen die entscheidende Ursache sei, und der Path-lamer'sche Erlass bestätigt sie.

Wer also militärfrei werden will, muß Sozialdemokrat werden. Probatum est.“

— Noch etwas Katholisch-Soziales. Auf der jüngst in Breslau abgehaltenen Generalversammlung der deutschen Katholiken hat Herr Kaplan und Landtagsabgeordneter Franz Hige, das soziale Wunderkind der Ultramontanen, in lobenswürdiger Offenheit als den Beruf der katholischen Kirche proklamirt, die Arbeiter zur Unterwürfigkeit anzuhalten. So sagte er u. A.:

Wir stehen voll und ganz auf dem Boden der kaiserlichen Gerechtigkeit. Wir wollen Schutzrechte für die Arbeiter. Wir sind aber der Meinung, daß den Arbeitern vollständig nur geholfen werden kann, wenn wir sie zu Gott zurückführen. Eine barmherzige Schwester kann mehr Trost bringen als manzich Professoren der Nationalökonomie. (Stürmischer Beifall.) Wo der Kaplan nichts mehr ausdrückt, da braucht der Landrath erst gar nicht mehr hinzugehen. (Beifall.) Wenn wir aber auf diesem Gebiete Erfolge erzielen wollen, dann ist es erforderlich, Arbeitervereine zu gründen. Die Arbeiter sind betäubt, sie zu organisiren, wenn wir nicht ihre Führer werden wollen, dann thun dies Andere gerne. Wir müssen aber auch durch Begründung von Sparvereinen den Arbeitern materielle zu helfen suchen. Nur so wird es uns gelingen, die Arbeiter der Führung der Sozialdemokraten zu entziehen. Die Aufnahme in die katholischen Arbeitervereine muß in der Kirche geschehen; die ganze Pracht der katholischen Kirche muß dabei einfallen werden, alle Glöden müssen in Bewegung gesetzt werden, der beste Redner muß die Kanzel besteigen, ich glaube, es muß ein Jesuit sein. (Stürmischer, lang anhaltender Beifall.) Wir müssen den Beweis liefern, daß es möglich ist, Arbeit und Kirche keinen Unterschied zu geben, es soll nicht vergessen werden, daß unser Heiland bis zu seinem dreißigsten Lebensjahre als Handwerksgehilfe gearbeitet hat.“

Die das „die Arbeiter zu Gott zurückzuführen“ zu verstehen ist, ist recht erbaulich zu lesen in einem „die Arbeiter und das Proletariat“ überschriebenen Artikel der „Christlich-sozialen Blätter“. Die betreffenden Ausführungen des Organs der „Katholisch-sozialen“ sind so charakteristisch, daß wir es für nöthig halten, sie hier wenigstens auszugsweise zur Kenntniß der aufgeklärten Arbeiterschaft zu bringen:

„Gehet mit mir in irgend eine Fabrik von heute“, heißt es da, „so suchet mit mir die Arbeitsfälle, wo werdet ihr eine bessere Stätte, eine zufriedene, glückliche Stätte die ärmsten Jüde der Arbeiter aufstellen? Denn ich einmal der Mund eines solchen Anhängers der Maschine, so fährt gewiß ein Stück oder eine Keuperung über deren Klappen, welche beweist, in welchem Schmutz sich die Seele herumwäh-

*) Die mecklenburgischen Tagelöhner nennen sich noch mit Vorliebe: Zlawn, d. h. Sklaven.

während der Zeit zur Erlangung des akkordierten Tagelohnes die vorge-
schriebenen Bewegungen an der Maschine macht.

„In den Klöstern wurde auch geschäftig von früh bis spät; wie an-
stehend diese Arbeiten waren, davon können wir uns heute noch über-
zeugen, wenn wir zufällig in der Lage sind, ein Trappistenkloster auf-
zusuchen auf äußerstem Boden, um einen Tag unter jenen Mönchen
anzubringen, die ohne ein anderes Frühstück als das Ge-
bäck auf's Feld hinausziehen, um in der Kälte des Nordens oder auch
in der heißen Zone Afrika's bis zum Mittag zu graben und zu haden,
moranf ihnen dann als Erquickung eine grobe Nahrung von
Vegetabilien ohne Fleisch gereicht wird. Sie arbeiten schweigend;
oder schet ihre Gesichter an; durch ihre frommen Augen könnt ihr einen
Blick in den Himmel thun, wo ihre Seele weilt, während die Hand
grübt oder mit dem Beile beschäftigt ist, einen Baum zu fällen. Die
Religiösen der katholischen Orden haben die Arbeiterwelt ge-
lehrt, mit der Hand zu wirken, während der Geist bei
Gott weilt.“

„Wenn durch die täglich um sich greifende Proletarisierung der Völker
die Nothwendigkeit der körperlichen Arbeit, die Fabrikbeschäftigung immer
allgemeiner wird, wird man uns zugestehen, daß in sozialer Beziehung
keine wichtigere Aufgabe sich denken läßt, als die, der
Arbeit ihre Nützlichkeit zu nehmen, dem Arbeiter (materiell zu heilen?)
behüte! das wäre ja groß materialistisch. Nein, ihm —) die Kunst
zu lehren, seinen Geist zum Himmel zu erheben, wäh-
rend der Leib sich hienieden abzuhalten muß (sehr nett
und vor allen Dingen sehr billig), und die Macht des Geistes so zu
stärken, daß der Mensch das Qualende und Nützliche der körperlichen
Arbeit kaum empfindet. Die Klöster aber allein verstehen diese Kunst,
weil sie dieselbe seit 1500 Jahren geübt haben, sie verstehen es ganz
allein, den Menschen geistig frei zu machen, daß er seine Seele nach
oben erheben kann, während sein Leib unter der Last der irdischen Noth
schwimmt. Schon gesagt, wird man uns entgegen (Stimm. Red. des
S. D.); aber wer wird durch solche Redensarten sich berücken lassen?
Sind das nicht Steine statt Brod, oder leerer Wind statt einem gefüllten
Bagen? — Nehmt es, wie ihr wollt. Wenn ihr den Vogel schießen seht,
wie er leicht sich hinwegschiebt über Berg und Fluß, wägend ihr mühsam
kämpfend eure Straße im Staube dahinsiehet und lange am Flusse hinwan-
dern müßt, bis eine Brücke euch gestattet, aus jenem Ufer zu gelangen, so
denkt ihr unwillkürlich: wenn ich doch Flügel hätte, wie wolle ich mich
nicht beschleunigen über den steilen Weg, noch den milden Strom.
Die Religion aber lehrt uns fliegen; die Mönche können euch Flügel
verleihen; die armen Schwärmer an den Westküsten von Gatteauville
lehren jene jungen Arbeiterinnen unverdrossen und heiter
in den Fabrikräumen des Herrn Giraud zu Lacombe
des „Esparrès Seide zu spinnen.“ (Wer dabei am meisten
Seide spannt, war der praktisch christliche Herr Giraud und die
— Kirche.)

„Unser Arbeiterbedürfnis muß arbeiten lernen (merkt Du
was?), sie muß es lernen, den Geist zu Gott zu erheben, während Hand
und Fuß irdische Arbeit verrichten. Diese Kunst, welche der einzige Weg
zum sozialen Frieden ist, lehren am besten die Klöster; und ein beson-
dener Fabrikant, dem es nicht darum zu thun ist, eine ein- oder zwei-
wöchige Spekulation auf die Dummheit der Konsumenten zu machen,
sondern vielmehr darum, durch solide und preiswürdige Waare sich einen
dauernden und ausgedehnten Markt zu verschaffen, er würde bald er-
kennen, wie glücklich er geredet hätte, wenn er dem Beispiele der Fa-
mille Giraud folgte, welche ihre Seidenfabrik zu Lacombe im Bezirk von
Gatteauville den darmherzigen Schwärmern zur Aufsicht übergab.“

Man kann nicht dazwischen reden. Niemand jedem Fabrikanten,
der das Licht, das Wasser im Mund zusammenlaufen od der braven und
beschäftigten Arbeiter, die ihm der Katholizismus — heranzubringen
verpflichtet? Nur Klöster gestanden — oder die Fabriken in Klöster
verwandelt, und dann ist die soziale Frage gelöst. Offenlich heißen recht
viele darauf an, vor allen Dingen Bismarck. Dem sind diese Worte
„aus der Seele gesprochen.“ Soziale Frage — pah, lächerlich! Man
mache die Arbeiter zufrieden, und die soziale Frage ist gelöst.

— Wer die deutsche Reptilienpresse in ihrer ganzen Ver-
kommenheit kennen lernen will, der braucht nur die Behandlung des
Battenbergers durch dieses nichtswürdige Lakaienpaar zu verfolgen. Als
der „preussische Gardeleutnant“ auf den bulgarischen Thron berufen
wurde, da war in allen diesen Blättern des Lobes nicht genug über ihn
zu lesen. Man pries es zugleich als einen Beweis von der außerordent-
lichen Macht des deutschen Reiches, daß ein deutscher Prinz in diese
wichtige Stellung berufen wurde. Nun aber, kaum daß „Bäterschen“ in
Petersburg demselben deutschen Prinzen seine allerhöchste Ungnade in-
der, dem halbmaßstimmigen Despoten eigenen Brutalität kundgegeben, nun
heißt auch das deutsche Reptilienpaar sofort über ihn her und spricht sein
Gift nach ihm. Dafür nur eine Probe:

„Fürst Alexander hat in Lemberg die Polen seiner Sympathie ver-
weigert. Das war nur eine Pflicht der Courtoisie wie der Dank-
barkeit. Die Erinnerung an seinen Großvater, den polni-
schen Kriegsminister Grafen Hauke, wie an seinen als Cari-
kaldianer gegen die Deutschen 1871 gefallenen pol-
nischen Leutnant Vossak-Hauke wird er bei gewissen Leuten
aber nicht hindern können.“

So wörtlich zu lesen in der nationalliberalen „Eiber-
felder Zeitung“, redigirt von Herrn Cajus Müller. Die „Berliner
Volkzeitung“ bemerkt dazu: „Niedriger hängen!“ Das verdient
diese nichtswürdige Denunziation in der That. Und ist der Battenberger
sehr gleichgültig, aber wir würden uns schämen, ihn in dem Augen-
blick anzugreifen, wo ihn die Nachhaber und vor allen der, von dem er
Beistand hätte erwarten dürfen, so rücksichtslos verleihen und damit
quasi auf die Straße setzen. Die Denunziation ist um so gemeiner, als
alles das, was da gegen den Battenberger ausgespielt wird, schon be-
kannt war, als man ihn auf den Thron von Bulgarien berief, und da-
mals obendrein in der ganzen Presse breitgetreten wurde. Bester eines
Insurgenten zu sein, ist natürlich in unsern Augen keinelei Schande,
auch der Oberfeldherr würde das sonst sehr Wurst sein, aber es paßt
gerade zu einer gemeinen Verächtlichmachung bei dem Publikum, für das die
„Eiberfelder Zeitung“ schreibt, und darum flugs her damit! Wenn nur
Bäterschen an der Rewa Recht behält, das ist die Hauptsache.

— Eine sozialdemokratische Antwort auf eine konservative
Anversität. Aus Launenburg schreibt man der „Libe-
ralen Korrespondenz“:

„Herr Cigarrenarbeiter Rosenbucht — Kellinghusen, der sozial-
demokratische Kandidat im Wahlkreise Herzogthum Launenburg, hat durch
die Post folgenden Brief erhalten: „Ratzeburg, den 28. August.
Herrn Rosenbucht, Kellinghusen. Ich erlaube mir ohne Umstände die
ergebene Anfrage, welche Vergütung Sie verlangen, wenn es Ihnen ge-
lingt, die in RSN, Launenburg und Lehnerade abgegebenen sozialistischen
Stimmen auf den konservativen Kandidaten zu vereinigen. Ganz
ergebenst H. Boye.“ Schulmachersmeister. Bitte um umgehende An-
wort.“ Herr Rosenbucht hat den Brief im Original an eine ihm be-
kannte hiesige freisinnige Adresse geschickt und schrieb dazu: „Ich stelle
den konservativen Herren die Frage, ob sie schon etwas von politi-
chem Ehrgefühl gekostet haben? Dieses ist bei uns in Arbeiterhande
vorhanden, und deshalb sind wir nicht so prostruirt, daß wir für
Bekämpfung alles thun. Wenn die Arbeiter bei den Stichwahlen wählen
wollen, so müssen sie bedenken, daß die Konservativen immer geschlossen
für das Sozialistengesetz stimmen, ein Gesetz, wodurch die Arbeiter um
den größten Theil aller politischen Rechte gebracht werden, ein Gesetz,
wodurch ein großer Theil fleißiger Arbeiter, welche nie in ihrem Leben
sich eines Verstoßes gegen irgend ein Gesetz haben zu Schulden kommen
lassen, ohne richterliches Erkenntniß von ihrer Familie, aus ihrer Er-
kennung gerissen und oft aus dem Orte vertrieben werden, wo sie geboren
sind. Die Konservativen suchen ferner das wichtigste Recht, welches uns
durch die Reichsverfassung gewährt ist, das allgemeine gleiche und direkte
Wahlrecht, zu vernichten. Die Konservativen wollen ferner hohe indirekte
Steuern bewilligen, welche nur von dem Arbeiterstande getragen werden.
Mit einem Wort, das konservative Programm ist: Dem Arbeiter jedes
politische Recht rauben und als Ersatz dafür ihm alle Pflichten aufbürden.
Wenn sie nun, auf ihren Besitz pochend, sich Arbeiterstimmen kaufen
wollen, so verdienen sie dafür nichts anderes als an den Pranger ge-
stellt zu werden. Denn die Arbeiter werden nicht so dumm sein und für
ein Linsengericht den Strick brechen lassen, mit welchem sie selbst erdroffelt
werden sollen. Reinen Parteigenossen im Launenburg Wahlkreise gebe

ich den Rath, daß sie angeht, solcher Schamlosigkeit, die von der
konservativen Partei begangen werden, dieser den Sieg gründlich ver-
sagen und bei der Stichwahl einstimmig für Kammerath Verling
stimmen.“

Bei der Stichwahl ist denn auch thatsächlich der liberale Kandidat mit
Hülfe der sozialistischen Stimmen gewählt worden.

— Die eine Bankrotterklärung der heutigen kapitalisti-
schen Gesellschaftsordnung liest sich der jüngst erschienene Jahres-
bericht der Handelskammer für Reichensbach, Schweb-
nitz und Waldenburg über das Geschäftsjahr 1885. Man höre
nur:

„Wenn wir schon im vorigen Jahresberichte die Anzeichen einer
allgemeinen Ueberproduktion zu bemerken glaubten und
die Ursachen derselben in einer weiteren Verbreitung
der Anwendung unserer großen Erfindungen auf
dem Gebiete der realen Wissenschaften suchten, und
wenn wir die Befürchtung aussprachen, daß dieselbe sich in immer
steigendem Maße geltend machen würde, so hat sich
diese Befürchtung leider im letzten Jahre nur zu
sehr bewahrheitet. Gemildert werden unter sonst gleichbleibenden
Verhältnissen die nachtheiligen Folgen der Ueberproduktion, insofern die-
selben in einer übermäßigen Verbilligung der Waaren bestehen, in der
Regel dadurch, daß von den billigeren Waaren eine größere Masse kon-
sumirt wird und der steigende Verbrauch die Ueberproduktion verhältnis-
mäßig schnell wieder ausheilt. Wenn auch die Erträge aus dem Gewerbe
in solchen Zeiten geringer sind, so befinden sich diejenigen, welche auf
einen festen Arbeitslohn oder auf die Einkünfte aus fest angelegten
Kapitalien angewiesen sind, gegenüber den niedrigen Waarenpreisen in
einer günstigen Situation und ihre Kaufkraft wächst. Leider leben wir
jedoch in einer Zeit, in welcher die Kapitalrente schnell sinkt und die
Verhältnisse die ganze gewerbliche Welt wesentlich und läßt befürch-
ten, daß die gewerbliche Krisis länger dauert und
schwerer zu einem günstigen Umschwunge gelangt,
als es unter anderen Verhältnissen der Fall wäre. Es kommt dazu, daß
auch das im Grund und Boden angelegte Kapital der Landwirtschaft,
insofern es nicht zum fundierten Kapital zu rechnen ist, infolge der nied-
rigen Preise der landlichen Produkte sich sehr schlecht verzinst und die
Besitzer zu einer Reduktion ihrer Ausgaben zwingt. Aber nicht bloß
die Kapitalrente und der Ertrag von Grund und
Boden ist gesunken, sondern auch der Gesamterdienst
der großen Masse der gewerblichen Arbeiter muß
zurückgegangen sein, denn der Konsum der gewöhnlichen
Verbrauchsartikel kost fast mehr als der der theureren
Waaren, trotzdem die Lebensmittelpreise sehr billige sind.“

Was braucht es eigentlich noch mehr als hier in dürren Worten ge-
sagt ist — und ähnliche Ausführungen treffen wir in allen Handelskammer-
berichten — um das Todesurtheil über die heutige kapitali-
stische Ausbeuterordnung zu fällen? Wenn die Anwendung
der großen technischen Erfindungen, d. h. die größere Beherrschung der
Naturkräfte durch die Menschen, zur Ursache allgemeiner Stodung
des Wirtschaftslebens werden kann, nun so muß der Fehler in
der grundsätzlichen Organisation des Wirtschafts-
Organismus stecken. Von dem Augenblick an, wo der Wirtschafts-
Organismus die Selbstkommlung der Produktions-
mittel nicht mehr verträgt, ist er ein Hemmnis des Fort-
schritts geworden, seine Aufrechterhaltung reaktionäres Be-
streben. Und das ist mit der bürgerlichen Wirtschaftsordnung der
Fall. Bisher ein großartiges Element des Fortschritts, beginnt sie heute
ein Hemmnis für den Fortschritt zu werden, und wenn aus keinem
andern Grunde, so muß sie schon aus diesem Grunde fallen zu Gunsten
einer andern, der Natur der modernen Produktionskräfte mehr ange-
paßten Gesellschaftsordnung — der sozialistischen.

Und noch ein Zweites geht aus dem obigen Bericht hervor. Wie sehr
schmilt doch von Jahr zu Jahr die Zahl derer zusammen, die am Be-
stande der heutigen Ausbeuterordnung ein wirkliches — kein ver-
meintliches — Interesse haben! Ist thatsächlich die Lage so vieler
Unternehmer und Grundbesitzer eine so überaus trübe — nun, welches
Interesse haben diese Elemente dann noch daran, daß die heutigen Zu-
stände erhalten bleiben? Im Grunde nur ein auf Illusionen be-
ruhendes. Selbstverständnis, so lange die heutige Gesellschaft des Privat-
kapitalismus besteht, wehren sie sich mit Händen und Füßen ihrer Haut,
suchen sie um jeden Preis ihre Selbstständigkeit zu erhalten. Aber in dem
Moment, wo die Frage wirklich sich darauf zuspitzt: Radikaler Bruch
mit dem Bestehenden oder nicht, da müssen und da werden sie ein
bedeutendes Kontingent zum Heer der Verneiner der kapitalisti-
schen Gesellschaftsordnung stellen, deren Lage geahnt sind.

— Der Todestag Lassalles (31. August) ist auch in diesem Jahre
von den deutschen Genossen vielfach in den lokalen Verhältnissen ange-
paßter Weise festlich begangen worden. Zu einer ganz besonders wirk-
samen Demonstration gestaltete sich der zu Ehren des Gedächtnisses des
großen Agitators von der Berliner Arbeiterdemokratie aus, an dem
sich wohl über 3000 Personen beteiligten. Natürlich ließ es auch
dabei die Polizei an Provokationen und Brutalitäten aller Art nicht
fehlen, ohne daß es jedoch gelang, Störungen in größerem Umfange
herbeizuführen. Wir werden in nächster Nummer einen uns für diese
Nummer leider zu spät zugegangenen ausführlichen Bericht über die
erhebende Demonstration veröffentlichen und konsultieren heute nur noch,
daß Herr von Richter, wahrscheinlich als Revanche für die nicht
geernteten Lorbeeren seiner Knäpselfelder, über fünf Berliner Ar-
beiter-Bezirksvereine auf Grund des Schand-Gesetzes die polizei-
liche Sühnung verhängt hat. Natürlich werden nun die Berliner
Arbeiter sofort reumüthig zu Kreuze kriechen und feierlich geloben, von
jetzt ab sich als politische Musterkinder aufzuführen und höchstens Ehren-
Stöder's Geburtstags festlich zu begehen. Man hat, wie es scheint, noch
nicht genug Erfahrungen gesammelt, wozu Polizeiverfolgungen gut sind.

— Recht charakteristisch für das diegepriezene Unfall-
Versicherungsgesetz sind folgende Zahlen aus dem Jahresbericht des
Vorstandes der Hamburgischen Baugewerks-Berufs-
genossenschaft für die Zeit vom 1. Oktober 1885 bis 1. Juli 1886:
„Es sind seit der Zeit vom 1. Oktober bis jetzt beim Vorstande der
1. Sektion zur Anzeige gelangt im Ganzen 275 Unfälle. Davon
wurde die Genossenschaft belastet mit nur 34 Unfällen und zwar
8 Todesfälle und 26 Verletzungen, welche eine mehr als 13wöchige Er-
werbsunfähigkeit zur Folge hatten und kosteten diese Fälle der Genossen-
schaft R. 6790. 05.“

„Hier springt“, bemerkt dazu die Hamburger „Bürgerzeitung“,
der wir diese Notiz entnehmen, „ein Mangel des Unfall-Versicherungsgesetzes
recht deutlich ins Auge. Aus 34 Unfällen von 275 oder 12,36
Prozent entfielen auf die Genossenschaft, dahingegen
241 Unfälle oder 87,64 Prozent entfielen auf die Arbeiter,
resp. die von den Arbeitern erhaltenen Krankenkassen. Rechnen wir
nun, daß auf jeden dieser 241 Unfälle im Durchschnitt eine sechs-
wöchige Unterbrechung, und daß dieselbe bei den meisten hiesigen Klassen
per Woche R. 12 beträgt, so bekommen wir den ansehnlichen Betrag
von R. 17.352, welchen die Arbeiter zahlten und das ist be-
nahe das Dreifache des Betrages, welchen die Unfälle den Arbeit-
gebern, den Genossenschaften kosteten. Wenn man nun noch bedenkt, daß
eine große Anzahl Arbeiter in zwei Klassen sind, so kann man wohl ohne
Uebertreibung behaupten, daß die Arbeiter reichlich den dreifachen Betrag
aufgebracht haben. Und nun bedenke man, daß die Arbeiter bligwenig
zur Ausführung des Gesetzes zu sagen haben.“

Praktisches Christenthum, um mit Bismarck zu reden.

— Polizeiliche Dummheit. Wir meldeten in Nr. 35, wie
unser Genosse Bebel auf seiner letzten Geschäftsreise, namentlich in Karls-
ruhe und Mannheim, Gegenstand sorgfältigster polizeilicher Aufmerksam-
keit war. Diese polizeiliche Aufmerksamkeit und Sorgfalt wiederholte sich
später besonders in Mainz und Frankfurt. In Mainz kam ein Polizist
in das Hotel, in dem Bebel zu logiren pflegt, legte dem Oberkellner die
Photographie Bebels vor und frag, ob er den Herrn kenne und ob der
Herr schon angekommen sei. Die polizeiliche Frechheit kam in der That
kaum weiter getrieben werden. Aus einer Postkarte, die Bebel nach
Frankfurt geschickt, erlaß die Frankfurter Polizei, an welchem Tage
Bebel in Frankfurt eintreffen werde. Da es aber doch wünschenswerth
war, auch genau die Zeit zu wissen, wann das staatsgefährliche Judio-
dium den geheiligten Frankfurter Boden betreten werde, forderte die

Frankfurter Polizei die Mainzer Polizei telegra-
phisch auf, ihr die Abreise Bebels nach Frankfurt telegraphisch anzu-
zeigen. Dieser freundschaftliche Wunsch wurde erfüllt. Die Geheim-
polizei hatte bei Ankunft Bebels in Frankfurt den Bahnhof besetzt. Un-
glücklichweise aber war es Abend, und so gelang es Bebel mit leichter
Mühe, sich den neugierigen Blicken der Geheimpolizisten zu entziehen,
die erst nach achtundvierzig Stunden der Aufregung und nachdem sie
von oben verschiedene Rufen für ihre Ungeschicklichkeit eingeholt, seiner
in der Prinzlichen Wirtschaft ansichtig wurden.

Nachträglich ist es uns gelungen, auch den Ueberder dieser Polizei-
verfolgungen ansichtig zu machen. Es war dies die gute Dresden-
er Polizei, die durch die Bahnverwaltung die Reiseroute erfährt,
die Bebel auf Grund eines Rundreisebillets eingeschlagen hatte, und sich
nun beeilte, sämtliche Polizeiverwaltungen der bezüglichen Orte davon in
Kenntniß zu setzen, mit der Aufforderung, Bebel streng zu überwachen
und ihr über dessen Thätigkeit Bericht zu erstatten.

Man sieht hieraus, die Polizei sieht nicht allein zu der Post, sondern
auch zu den Bahnverwaltungen in den intimsten Beziehungen und erfährt,
was sie zu erfahren wünscht. Die Parteigenossen werden gut thun, sich
dies zu merken und nicht der Postkarte oder dem Rundreisebillet Dinge
anzuvertrauen, die sie nicht bekannt werden lassen wollen. Die Spionage
ist auf der Post wie auf der Bahn gleich groß und wohlorganisirter. Im
vorliegenden Falle war es dem Betroffenen selbstverständlich nicht um
die Geheimhaltung seiner Reisetour zu thun, und wenn die Polizei dies
dennoch annahm, lächelte sie sich einmal wieder durch ihre besondere
Dummheit.

— Unter dem Vorwand, die Verlängerung des deutsch-
spanischen Handelsvertrages, der erst im April nächsten Jahres
abläuft, erhebe seinen sofortigen Zusammentritt, soll schon in den
nächsten Tagen der Reichstag zu einer außerordent-
lichen Session zusammenberufen werden. Was Bismarck
mit dieser Maßregel thatsächlich im Schilde fahet, ob es sich nur um
eine neue Chimäre der Reichstagsabgeordneten handelt, oder ob Bis-
marck Gelegenheit sucht, seine Politik in öffentlicher Rede zu rechtfertigen,
oder ob sonst ein Coup im Werke ist, das haben wir um so weniger
Luft, hier zu untersuchen, als ja schon die nächsten Tage die Enthüllung
des Rathfels bringen werden. Jedenfalls ist der Hyperkonstitutionalismus
Bismarcks mehr oder weniger verächtlich.

— Daß der Battenberger in einem hundemüthigen
Brief vor dem Zaren zu Kreuze gekrochen — natürlich ver-
geblich — wird ihm auch in einigen nicht republikanischen deutschen Blät-
tern sehr verübelt. Nun, es ist nicht unsere Aufgabe, den Mann zu ver-
theidigen, aber so viel muß doch festgehalten werden, daß er den Brief
sicher nicht oder nicht so geschrieben hätte, wenn er nicht von Bismarck
so schnöde im Stich gelassen worden wäre. Damit war er vor die Wahl
gestellt, entweder sofort abzudanken oder noch einen Versuch der Berö-
hung mit dem Zaren zu machen. Im Widerspruch mit Rußland zu
regieren, ist unter den gegebenen Verhältnissen in Bulgarien unmöglich,
dafür hat — Bismarck gesorgt.

— Ein vortrefflicher Politiker ist der Pariser X-Korre-
spondent der „Frankf. Zeitung“. Daß er, wo nur immer mög-
lich, den Sozialdemokraten etwas am Zeuge ficht, nehmen wir ihm
nicht weiter übel, damit seht er sich wenigstens in keinen grundsätzlichen
Gegenatz zu dem sonstigen Inhalt des Hauptorgans der „bürgerlichen
Demokratie“ in Deutschland. Auch seine fortgesetzten Kusfälle auf die
äußerste radikale Linke in der französischen Kammer, die Herren Cle-
menceau-Pelletan, entsprechen durchaus der Gemüthshaltung der „Frank-
furter Zeitung“ in Bezug auf die französischen Parteiverhältnisse, insbe-
sondere das volksparteiliche Blatt mit Ferry, „die Gefahr auf der Linken“
erklärt.

In dem Bestreben nun, immer nach links zu schlagen, hat sich der
Herr jetzt glücklich soweit entwickelt, einer Revue-Aussage des deutschen
Nationalliberalismus in Frankfurt, d. h. einer Partei, die
vom beständigen Verrath lebt, das Wort zu reden. Denn auf weiter
nichts läuft die neuerdings geplante Herstellung einer konservativen
republikanischen Kammerfraktion, in der alle zweideutigen Monarchisten
Unterschlupf finden sollen, hinaus. Es soll um jeden Preis verhindert
werden, daß die französische Republik sich weiter nach links entwickelt,
und dazu bedarf es einer Fraktion, die unter republikanischer Flagge
das thut, was bisher die monarchistischen Parteien gethan, d. h. bremst,
bremst und wieder bremst. Nur hübsch staatsmännisch sein, ist die
Parole.

Und der brave X-Korrespondent ist, wie das sich für den Mitarbeiter
der „Frankfurter Zeitung“ nicht anders sieht, ein sehr großer Staats-
mann — so groß, daß er das Gras wachsen sieht und die Fische kochen
hört. So leistet er sich unterm 29. August in einer Polemik wider die
„Justice“ folgende — sagen wir Offenbarung:
„Wo immer noch die eingebildete Furcht vor deutschen Amerikanern
im Westen ist, welche für Leute wie Pelletan alle in der Theorie
zugegebenen Prinzipien von Freiheit und Fortschritt aller Völker in den
Wintergrund drängt. Würden sich diese Leute etwas weniger Mühe geben,
zu sehen, was nicht ist, so würden sie vielleicht sehen, daß das geizig-
netzte Mittel, keine der drei Kaiserreiche zu einem Uebergewicht gelangen
zu lassen, gerade darin besteht, den kleinen Staaten der Balkanhalbinsel
erstens zur Selbstständigkeit und zweitens zur Einigkeit untereinander zu
verhelfen, und daß wahrer Wahrscheinlicher Weise Fürst Bismarck
kein anderes Ziel verfolgt. Hat er nicht der russischen Re-
gierung vielleicht nur darum in Bulgarien cario bianco gegeben, weil er
voraussetzt, daß ein durch unerwartete Siege
populär gewordener Fürst sich nicht so im Hand um-
drehen entthronen lasse, wie sich das der beschränkte
Regentenverstand an der Rewa vorgestellt hatte, und daß Rußland
durch ein unvorsichtiges Eingreifen sich von seinem Ziele entfernen
würde.“

„Hänge dich, Figaro, darauf wärest du nicht gekommen!“ Die Heftartikel
der „Norddeutschen“ und der „Königlichen“ wider den Battenberger, die
Hinweise auf Frankreich als den Störenfried; wegen dessen man Alles
guthießen muß, was Rußland auf dem Balkan thut, und die auf diese
Weise bewirkte Unterdrückung der russischen Agenten in
Bulgarien — Alles das nur, um Rußlands Position auf dem Balkan
zu schwächen, das ist eine Entdeckung, wie sie so bald nicht wieder
gemacht wird. Ja, ja, sich nur immer hübsch staatsmännisch ge-
berden, nur so treibt man wahre und echte demokratische Politik.

— Bei den Studenten und bei den Arbeitern. „Also,
liebe Kommissionen, fleißig an der Arbeit, aber darum keine Kopfjäger,
sondern auch — fleißig gekneipt!“ So schloß der Trinkspruch,
den Herr Windthorst auf dem Kommerz der katholischen Studenten-
verbindungen ausbrachte, und wofür er den begehrtesten Beifall der
katholischen Bourgeoisjugend erntete. Das klingt etwas anders als das
„Zurückführen zu Gott“, welches man den deutschen Arbeitern zu-
gedacht hat, um sie von der rohen Begehrtheit zu kurieren.
So sieht es mit der Gleichheit in der katholischen Kirche aus. Sie
ist eine Lüge, und vielleicht noch eine größere als die Gleichheit in der
bürgerlichen Gesellschaft. Jedenfalls hat die Kirche gerade so viel Moral-
standpunkte, als es Klaffen in der Gesellschaft gibt. Wers nicht glaubt,
der ersuche Gsellens Windthorst, nun auch der katholischen Arbeiter-
jugend zuzurufen: Fleißig gekneipt!

— Die Ultramontanen rufen nach Polizei. Im Rhein-
land fanden vor Kurzem mehrere Versammlungen statt, in denen Ge-
nosse Schönank aus Nürnberg auf Einladung dortiger Arbeiter über
die politischen Zustände in Deutschland u. referirte und bei dieser Ge-
legenheit natürlich auch die Zentrumsparthei gebührend kritisirte. Dar-
über sind jetzt die Ultramontanen ganz aus dem Häuschen, und der
„Rheinische Merkur“, das offizielle Organ der Kölner Ultramontanen,
fordert ganz unverfroren das Verbot aller „von Sozial-
demokraten veranstalteten Versammlungen.“
Nun, daß die Herren keine grundsätzlichen Gegner von Ausnahm-
gesetzen sind, wußten wir längst; ist doch bekannt, daß da, wo die Ultra-
montanen das Ruder in der Hand hatten, politische Verfolgungen noch
stets an der Tagesordnung waren. Je eher sie also die Freiheitsmaske,
mit der sie sich in Deutschland so lange gebrüstet, fallen lassen, um so
besser. Damit bewirkt sie nur, daß was sie in den oberen Regionen
gewinnen, ihnen in den Volksschichten doppelt so schnell wieder verloren
geht. Und andererseits beweist ihr Angeschrei nur, wie wenig sicher sie

